Sicherheit : international debattiert, individuell erlebt : geschlechterspezifische Gewalt in Bosnien-Herzegowina und der Schweiz

Autor(en): **Hössli, Nina / Klausener, Christina**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **36 (2017)**

Heft 70

PDF erstellt am: **01.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-781004

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Nina Hössli / Christina Klausener

Sicherheit: international debattiert, individuell erlebt

Geschlechterspezifische Gewalt in Bosnien-Herzegowina und der Schweiz

Sicherheit ist ein umstrittener, abstrakter und politisierter Begriff. Sicherheit wird nicht nur international verhandelt und ist Ziel internationaler Abkommen, sondern auch individuell erlebt: Wie Sicherheit empfunden wird, ist abhängig von der Person, die dazu befragt wird. Dabei spielen Herkunft, Alter, Geschlecht, aber auch soziale Schicht oft eine bestimmende Rolle. Was sich sicher oder unsicher anfühlt, kann nicht objektiv festgelegt und gemessen werden. Situationen, welche von einer Person als beängstigend wahrgenommen werden, können von einer anderen als alltäglich empfunden werden.

Dennoch zielen friedenspolitische Massnahmen zu Recht auch darauf ab, Sicherheit objektiv zu fassen, herzustellen, zu sichern und zu verteidigen. Ein aus feministischer Sicht wichtiges Abkommen ist die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates zu «Frauen, Frieden, Sicherheit» (siehe Kasten auf Seite 56). Solche Policy-Dokumente zeigen, dass Sicherheit auch ein politischer Begriff ist, ein Instrument für friedenspolitische Verhandlungen, ein Gradmesser für die Stabilisierung von Krisengebieten und für die Anerkennung von Frauen- und Menschenrechten.

Die gesellschaftlich und politisch verhandelte Definition von Sicherheit bewegt sich in einem Feld zwischen internationaler Gemeinschaft, Staat und Individuum, zwischen Abstraktion und erlebter Realität. Aufgrund dieses Bedeutungsgeflechts ist der Begriff emotional und politisch aufgeladen. Das lässt sich an aktuellen Sicherheitsdebatten beobachten: Subjektiv empfundene Unsicherheiten bieten den Nährboden für politische Interventionen, die Sicherheit herstellen sollen und dabei (scheinbar) objektiv argumentieren, aber oft unsichere Zustände für Individuen schaffen, Menschenrechte beschneiden und neue Konflikte hervorrufen.

Der feministische Sicherheitsbegriff

Der vorliegende Artikel befasst sich mit dem Spannungsfeld zwischen individuell wahrgenommener Unsicherheit und international verhandelter Sicherheit

am Beispiel der friedenspolitischen Arbeit der feministischen Friedensorganisation cfd und ihrer Partnerorganisationen in Bosnien-Herzegowina und in der Schweiz. Der Christliche Friedensdienst (cfd) entstand 1938 aus dem Engagement von Gertrud Kurz (1890–1972) für jüdische Geflüchtete. Vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sie sich für Geflüchtete ein, wobei sie auch Behörden immer wieder ermahnte, sich der Menschlichkeit zu verpflichten. Neben der Flüchtlingshilfe engagierte sich Kurz zusammen mit vielen Freiwilligen gegen Krieg, Rassismus, Kolonialismus und soziale Ungerechtigkeit. Im Zuge der Friedens- und Frauenbewegung der späten 1970er-Jahre gründete der cfd 1981 die Frauenstelle für Friedensarbeit und verankerte die feministische Reflexion und Politik zu Fragen der Gewalt strukturell in der Organisation. 1997 verabschiedete die Mitgliederversammlung das erste feministische Leitbild. Heute setzt sich der cfd als feministische Friedensorganisation gegen alle Formen von Gewalt ein. Er lanciert und unterstützt Projekte im Mittelmeerraum und für Migrantinnen* in der Schweiz. Als friedenspolitische Organisation entwickelt er Grundlagen für zivile Konfliktbearbeitung, Friedensförderung und Gewaltprävention aus feministischer Perspektive.

Die feministische Theorie und Praxis arbeitet mit einem multidimensionalen Sicherheitsbegriff,[1] der Sicherheit nicht allein als Abwesenheit von direkter (physischer und psychischer) Gewalt fasst, sondern auch strukturelle und kulturelle Gewalt in den Blick rückt. Sicherheit umfasst damit auch politische, ökonomische, soziale und ökologische Sicherheit. Sie schliesst den öffentlichen sowie den privaten Raum mit ein und bedeutet Gleichberechtigung unter besonderer Berücksichtigung geschlechterspezifischer Sicherheitsbedürfnisse. Dadurch wird die Sicherheit von Individuen und Gruppen im Gegensatz zu staatlicher Sicherheit an oberste Stelle gestellt.[2] Im Zentrum eines solchen Verständnisses stehen demnach Gewalterfahrungen im Alltag und die Forderung, dass Sicherheitsmassnahmen vor allem durch diejenigen definiert werden, die von Unsicherheiten betroffen sind.

Damit dies gelingt, arbeitet der cfd mit einem Empowerment- und Partizipationsansatz. Er versteht Empowerment als individuellen und kollektiven Prozess der Ermächtigung, aus eigener Kraft oder als Gruppe etwas zu bewegen und zu gestalten. Ziel ist es, für Frauen den Zugang zu und die Kontrolle über Ressourcen zu verbessern und die Geschlechterverhältnisse zugunsten von Gerechtigkeit und Gleichstellung zu verändern.

Was bedeutet heute Sicherheit in Bosnien-Herzegowina?

Seit 1995 engagiert sich der cfd mit Projekten in Bosnien-Herzegowina (BiH). Im Rahmen dieses Engagements haben der cfd und die Schweizer Plattform für Friedensförderung KOFF/swisspeace 2015 eine Studie zur Relevanz der Resolu-

tion 1325 und zur Sicherheit von Frauen in Bosnien-Herzegowina durchgeführt. In Fokusgruppen diskutierten Frauen in unterschiedlichen Lebenssituationen ihre Erfahrungen und Meinungen zu aktuellen Unsicherheiten. Zudem fanden Gespräche über die Relevanz und Anwendung der Resolution 1325 mit NGOs, Genderexpert*innen, Vertreter*innen von Gleichstellungsbehörden, Polizei, Gerichten und Sozialämtern sowie internationalen und nationalen Entwicklungsagenturen statt.[3]

Über zwanzig Jahre nach dem Krieg fordern die Frauen in BiH noch immer eine bessere Unterstützung für Opfer von sexueller Gewalt im Krieg. Die Hürden zur Beantragung von Wiedergutmachungen und die gesellschaftliche Stigmatisierung sind noch immer zu gross. Gleichzeitig fehlt oft gute psychologische Begleitung, sodass nur wenige Betroffene in der Lage sind, ihre Rechte einzufordern. Im Zentrum der alltäglichen fehlenden Sicherheit stehen für viele aber vor allem häusliche Gewalt sowie sexuelle und physische Übergriffe im öffentlichen Raum. Frauen in BiH definieren Sicherheit umfassender als körperliche Unversehrtheit: Es geht um Armut, Erwerbslosigkeit, Zugang zu Gesundheits- und Sozialleistungen, Bildung, Geschlechterstereotype, Diskriminierung von Minderheiten, Hate Speech, Zugang zu Informationen, Mobilität, soziale Isolation. Diese Unsicherheiten sind nur zum Teil Folgen von erlittener (sexueller und anderer) Gewalt im Krieg, von Traumatisierung und Stigmatisierung. Die Struktur des politischen Systems, patriarchale Denkweisen, die weitverbreitete Perspektivlosigkeit und die anhaltend schwierige ökonomische Situation prägen die heutigen Sicherheitsthemen für Frauen mittlerweile stärker. Frauen schreiben demnach der Verbesserung des Lebensstandards und der ökonomischen Teilhabe Schutz und Prävention vor geschlechterspezifischer Gewalt zu und sehen darin einen Beitrag zur Versöhnung der noch immer gespaltenen Gesellschaft.

Im Sinne der Resolution 1325 fordern die Frauen von der nationalen Politik und der internationalen Gemeinschaft Anhörung und Mitsprache. So wurde in einer der Fokusgruppen-Diskussionen gesagt: «Women feel insecure, because they feel they have nothing to say about the future of Bosnia and Herzegovina, about formal and political solution of the tensions between the different country parts and they are not heard when talking about their experiences and fears.» Die Frauen fordern auf zu reflektieren, wer für wen spricht oder sprechen kann und wer definiert, was die heutigen Unsicherheiten der Bevölkerung sind. Sie üben Kritik, dass zu viel Definitionsmacht bei der internationalen Gemeinschaft, den internationalen Geldgebenden, dem Staat und den grossen Parteien liege. Sie fordern einen stärkeren Einbezug der lokalen Zivilgesellschaft, um sicherzustellen, dass die Umsetzung der Nationalen Aktionspläne die aktuellen Sicherheitsbedürfnisse von Frauen angehen.

Die 2015 durchgeführte Studie zeigt auch eine scheinbar paradoxe Situation auf: Zum einen können in BiH Gewalt- und Armutsbetroffene oft ihre Rechte nicht einfordern und erfahren kein wirkliches Empowerment. Es fehlen Res-

sourcen, und die bestehenden, relativ guten rechtlichen Grundlagen werden nicht oder zu ungenügend umgesetzt. Zum anderen wehren sich viele Frauen dagegen, dass sie lediglich als Schutzbedürftige, als schwach und verletzlich stereotypisiert werden. Sie betonen, dass Frauen in BiH nicht alle nur Opfer oder Überlebende sind, sie sind auch (und manchmal gleichzeitig) Frauenrechtlerinnen, Ex-Kombattantinnen, Nationalistinnen, Friedensaktivistinnen, Mütter, Bäuerinnen, Akademikerinnen usw. Sie sind Akteurinnen in ihrem Leben, ihrer Gemeinde, ihrem Land. Schutzmassnahmen für gewalt- und armutsbetroffene Frauen sind dringend nötig, auch solche für Frauen, die sexuelle und andere Gewalt im Krieg erlebt haben. Aber auch gut gemeinte Schutzmassnahmen beziehen sich oft auf Geschlechterstereotype und Verallgemeinerungen, weshalb sie in der Entwicklung von Strategien gegen Gewalt und fehlende Sicherheit nicht nur hilfreich sind.

Die Studie verdeutlicht, wie soziale und politische Prozesse Unsicherheiten verstärken können. In BiH untergraben ethnisch-nationalistische und religiöse Radikalismen die individuelle und kollektive Sicherheit. Die Stärkung traditioneller und patriarchaler Werte in Familien und Gemeinschaften setzen rigide Geschlechterrollen fort. Das bedeutet auch, dass Mädchen früher aus der Schule genommen und Frauen aus dem öffentlichen Raum zurück in den privaten Raum gedrängt werden. Gewalt und Diskriminierung werden mit religiösen Argumenten legitimiert. Mitarbeitende von Frauen- und Menschenrechtsorganisationen werden in ihrer Arbeit bedroht, verleumdet, LGBTQ-freundliche[4] Organisationen müssen sich schützen und ihre Adresse geheim halten. Wie vielerorts auf der Welt wird in BiH die Zivilgesellschaft von staatlicher Seite, aber auch von bspw. religiösen Gruppen zunehmend in die Schranken gewiesen und in ihren demokratischen Rechten beschnitten. Sie ist also mit dem konfrontiert, was man heute «shrinking space»[5] nennt. Eine Aktivistin erklärte die Stimmung folgendermassen: «We are constantly aware of the environment, we look around, we learned to recognize and avoid dangerous groups and places.» Die aktuellen politischen und religiösen Stimmungen befördern Gewalt gegen Frauen wie auch gegen weitere diskriminierte Gruppen und Minderheiten. Dies auch, weil staatliche Institutionen keine Gegenmassnahmen treffen, sondern mit Repression reagieren und die Stimmungen indirekt fördern, indem sie z. B. NGOs die Bewilligung für die Arbeit in Schulen oder für öffentliche Veranstaltungen verweigern. Umso wichtiger ist für viele Aktivist*innen die Vernetzung und die gegenseitige Unterstützung, oft auch über die Landesgrenzen hinaus und über soziale, ethnische, generationelle Unterschiede hinweg.

Die Relevanz des Nationalen Aktionsplan zur Resolution 1325 zur Bekämpfung der Unsicherheiten von Frauen in BiH wird von vielen Frauenrechtsorganisationen und Aktivist*innen kritisch betrachtet. Zum einen ist die Definition von Sicherheit mit dem Fokus auf Opfer von sexueller Gewalt im Krieg und Menschenhandel, auf Entminung und die Partizipation von Frauen in Polizei, Armee

und in Entscheidungsprozessen zu eng gefasst. Zum anderen fehlt es an den finanziellen Ressourcen und vor allem am politischen Willen zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans.

Diese Beobachtungen können auch als Aufforderung verstanden werden, Konzepte wie Empowerment und Partizipation nicht nur ernst zu nehmen und konsequent umzusetzen, sondern auch immer wieder zu reflektieren. Es bedeutet, Sicherheit multidimensional zu verstehen, die Stimmen der von Sicherheitsdefiziten betroffenen Menschen zu sammeln und ihnen Mitbestimmungsrecht über Sicherheitsmassnahmen zu gewährleisten.

Vermeintliche Sicherheit in der Schweiz?

Ein Beispiel für internationale Solidarität ist die jährlich stattfindende Kampagne «16 Days of Activism against Gender-Based Violence». In der Schweiz heisst die Kampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen». Sie wurde 1991 vom Women's Global Leadership Institute in den USA ins Leben gerufen. Die Kampagne nutzt die sechzehn Tage zwischen dem 25. November, dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, und dem Tag der Menschenrechte am 10. Dezember, um daran zu erinnern, dass Frauenrechte Menschenrechte sind und Gewalt gegen Frauen eine Menschenrechtsverletzung darstellt. Jährlich beteiligen sich weltweit mehr als 4000 Organisationen in 187 Ländern an der Kampagne.

Der cfd koordiniert die Kampagne seit 2008 in der Schweiz. Gemeinsam mit rund fünfzig Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, Frauenhäusern, Selbstverteidigungsvereinen und Opferhilfestellen aus allen Landesteilen werden während dieser Tage bis zu siebzig regionale Veranstaltungen und Aktionen (z. B. Workshops, Podien, Filmvorführungen, Flashmobs) organisiert. Jedes Jahr nimmt die Kampagne einen anderen Aspekt von geschlechterspezifischer Gewalt in den Fokus. Der Schwerpunkt 2017 ist «Sprechen wir darüber – Gewalt an Mädchen in der Schweiz» und thematisiert das hohe Aufkommen von Gewalt an jungen Frauen zwischen 14 und 19 Jahren in der Schweiz. Mittels Plakatkampagnen, Grundlagenarbeit zur Prävention und Information über regionale Angebote sollen Mädchen gestärkt und dazu motiviert werden, sich gegen Gewalt, die sich gegen sie richtet, zu wehren und politische Massnahmen für Schutz vor Gewalt zu fordern.

Die Kampagne wie auch das diesjährige Fokusthema machen deutlich, dass Sicherheit auch in der Schweiz oft postuliert, aber de facto nicht für alle Bevölkerungsgruppen garantiert wird. Gerade die Sicherheit von Mädchen wird in der Schweiz vernachlässigt und so aus jungen Frauen eine vulnerable Gruppe gemacht. Das zeigt etwa die Optimus-Studie von 2012.[6] Laut der Studie haben mehr als 60 Prozent der befragten 15- bis 17-jährigen Mädchen schon einmal einen sexuellen Übergriff erlebt. Von 9857 befragten Schülerinnen und Schülern gab

jedes fünfte Mädchen an, einen sexuellen Missbrauch erlitten zu haben. Diese Angaben decken sich mit der Kriminalstatistik, die 2016 insgesamt 7329 Verstösse gegen die sexuelle Integrität registrierte. Das entspricht einem Anstieg von fast 10 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Eine grosse Anzahl von Übergriffen (knapp 40 Prozent) unter Jugendlichen werden durch Gleichaltrige verübt, häufig im Rahmen erster Liebesbeziehungen.

Neben körperlichen Übergriffen erfahren Mädchen im Alter zwischen 14 und 19 Jahren auch andere Formen von Gewalt, wie Stalking, Sexting, Cybermobbing, Zwangsheirat oder häusliche Gewalt. In dieser Altersspanne erleben auch männliche Jugendliche vielfach Gewalt, allerdings liegt das Risiko für Mädchen deutlich höher. Die Zusammenhänge und Ursachen dieses geschlechterspezifischen Unterschieds sind unklar. Die Determinante «Geschlecht» wird in vielen Studien zwar erhoben, aber nur selten vertieft analysiert und die komplexen Hintergründe der Gewalt gegen Mädchen nur unzureichend untersucht.

Damit wird deutlich: Auch in der Schweiz fühlen sich viele Frauen nicht sicher. Und auch in der Schweiz führen konservative Politiken zur Zementierung von Geschlechterrollen und noch mehr Unsicherheiten für Frauen. Ein Beispiel dafür ist etwa die Initiative für ein Burka-Verbot der Schweizerischen Volkspartei (SVP), die ein allgemeines Verhüllungsverbot fordert, welches sich jedoch in erster Linie gegen die Gesichtsverschleierung muslimischer Frauen richtet. Damit instrumentalisiert die SVP die Themen Frauenrechte und Gewalt gegen Frauen, um in der Gesellschaft Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus zu verbreiten. Ein solches Kleiderverbot untergräbt eine solidarische und an freiheitlichen Werten orientierte Gesellschaft und setzt Gewalt gegen Frauen nichts entgegen. Im Gegenteil: Das postulierte Verhüllungsverbot und der entsprechende Abstimmungskampf verstärkt die strukturelle Gewalt[7] an Minderheiten und Frauen und schürt gleichzeitig Ängste und Vorurteile. Ein solches Verbot kann die Situation von (jungen) Frauen verschlechtern und ihnen den Zugang zum öffentlichen Raum erschweren.

Fazit: Es braucht mehr

Ein Vergleich der Sicherheitsdebatten in Bosnien-Herzegowina und der Schweiz zeigt, dass gewisse Prozesse zur Aus- und Verhandlung von Sicherheit (Was ist Sicherheit? Wie stellen wir diese her? Wer stellt diese mit welchen Massnahmen her?) ähnlich sind. Auch in der Schweiz besteht ein Gefälle zwischen politisch verhandelter und individuell empfundener Sicherheit. Wie in Bosnien-Herzegowina wurde auch für die Schweiz ein Nationaler Aktionsplan zur Resolution 1325 formuliert. Für die Jahre 2013 bis 2016 setzte er sich zum Ziel, gegen geschlechterspezifische Gewalt präventiv vorzugehen und die Genderperspektive in die Konfliktprävention verstärkt einzubeziehen. Der Fokus liegt aber nicht auf der

Schweiz. Die Ziele zur Friedenssicherung und der Sicherheit von Frauen werden und wurden bisher fast nur für die internationale Zusammenarbeit formuliert. Hier liegt das Paradox: Innerhalb der Schweiz wird Sicherheit als Abwesenheit von Krieg gefasst und als gegeben betrachtet. Die Unsicherheit für Frauen und das Ausmass geschlechterspezifischer Gewalt wird bagatellisiert. Die Stimmen der Betroffenen werden nicht nur nicht gehört, sie werden gar nicht erst wahrgenommen. In ganz besonderem Masse gilt das für Frauen, die in der Schweiz Asyl suchen, oder für Frauen, die trans-, inter- oder homosexuell sind.

Die beiden Beispiele zeigen, dass Nationale Aktionspläne, Resolutionen und Konventionen eine Basis für die Arbeit gegen geschlechterspezifische Unsicherheiten und Gewalt bilden könnten. Sie bieten einen regulatorischen Rahmen für politische Massnahmen gegen Unsicherheiten und Gewalt, auch dienen sie der Legitimierung solcher Massnahmen. Darüber hinaus sind solche Abkommen aber oft nicht zielführend. Zu oft blenden sie aus, was politisch nicht opportun oder relevant erscheint. Wie Sicherheit definiert wird, wie diese hergestellt wird und wer diese herstellt, wird nach wie vor meist in einem Top-down-Prozess von jenen definiert, die sich in Machtpositionen befinden. Dadurch werden Machtasymmetrien aufrechterhalten und reproduziert. Entsprechend ungleich werden auch die Gelder und Mittel verteilt, die im Rahmen der Abkommen gesprochen werden.

Wenn Sicherheit umfassend debattiert und politisch garantiert werden soll, müssen auch individuelle Sichtweisen von Minderheiten und diskriminierten Gruppen einbezogen werden. Denn Identität und soziale Zugehörigkeit wie auch die Faktoren Herkunft, soziale Schicht, Alter und Geschlecht sind eng mit dem Sicherheitsverständnis und -bedürfnis einer Person verknüpft. Eine ältere Frau fühlt sich nachts gefährdeter als ein junger Mann. Dasselbe gilt tagsüber für einen Mann ohne Aufenthaltsbewilligung im Vergleich zu einer sozial besser gestellten Frau. Hinzu kommt, dass es neben der direkten, physischen Gewalt auch zahlreiche andere Formen von Gewalt gibt, die das Gefühl der Unsicherheit verstärken. Dazu gehören auch Gewaltformen, die sich nur schwer fassen lassen – zum Beispiel jene der strukturellen Gewalt. Nur mit weitreichenden Reformen, welche verschiedene Gewaltformen einbeziehen und damit mehrere Aspekte von Sicherheit umfassen, können diese Unsicherheiten angegangen werden. Es gilt deshalb, auch die Ursachen von physischer und psychischer Gewalt, struktureller und kultureller Gewalt zu erkennen und zu bekämpfen. Dabei dürfen nicht neue Unsicherheiten, zum Beispiel durch Überwachung oder Unterdrückung bestimmter Minderheiten, geschafft werden.

Für eine solche umfassende und mehrdimensionale Sicherheit braucht es nicht nur den Staat, sondern auch die Zivilgesellschaft: Es braucht neben politischen Massnahmen auf nationaler und internationaler Ebene auch die kritische Auseinandersetzung mit dem politischen System und eine breite gesellschaftliche Debatte. Dabei kann der internationale, nicht auf die eigene Gemeinschaft

begrenzte Blick hilfreich sein, um länderübergreifende Diskriminierungs- und Gewaltformen besser zu verstehen. Strukturelle Gewalt gegen Frauen beispielsweise lässt sich unabhängig von nationalen Grenzen feststellen, sie betrifft Frauen weltweit. Wenn Zusammenarbeit über Grenzen und Konfliktlinien hinweg gesucht wird, kann auf gemeinsamen Erfahrungen aufgebaut und zusammen nach Lösungsansätzen gesucht werden.

Was schliessen wir daraus für künftige Sicherheitsdebatten? UN-Sicherheitsresolutionen und ihre Agenden können die Ursachen von Ungleichheit, Gewalt und Diskriminierung alleine nicht ausräumen. Sie sind tief in den sozialen, politischen und ökonomischen Strukturen verankert. Sie anzugehen erfordert grössere und in der Bevölkerung breit abgestützte Visionen, Solidarität und neue Denkansätze. Das erkennen die in der Fokusgruppe interviewten Aktivistinnen, Genderexpert*innen, Menschen- und Frauenrechtsorganisationen in BiH, wenn sie sagen: «We need a change of discourse, a shift in the narratives, maybe even a new feminist perspective.» Ganz in diesem Sinne fordert auch der Women's March in diesem Jahr: «Hear our voice». Der Empowerment-Ansatz ist also auch bei Debatten zu Sicherheit zentral. Oder konkreter gesagt: Wenn wir die Sicherheiten für Frauen stärken wollen, müssen wir diese mit an den Tisch holen, an dem darüber diskutiert wird. Friedenspolitik kann nicht nur ein Top-down-Prozess sein.

Anmerkungen

1 cfd, 2007: Security Check. Sicherheitsdebatten feministisch durchleuchtet. Bern. Und: Feministisches Institut der Heinrich-Böll-Stiftung, 2006: Frieden und Sicherheit für alle. Eine feministische Kritik der gegenwärtigen Sicherheitspolitik. Berlin. Und: Hoogensen, Gunhild / Rottem, Svein Vigeland, 2004: Gender Identity and the Subject of Security. In: Security Dialogue, 35/2, 155–171. Und: Tripp, Aili Mari / Ferree, Myra Marx/ Ewig, Christina (Hg.), 2013: Gender, Violence and Human Security. Critical Feminist Perspectives. New York. Und: Tickner, Ann J., 1992: Gender in International Relations. Feminist Perspectives on Achieving Global Security. New York. Und: Wibben, Annick T. R., 2011: Feminist Security Studies. A narrative approach. London/New York.

2 Der cfd orientiert sich neben dem feministischen Sicherheitsbegriff am Konzept der Menschlichen Sicherheit, welche die individuellen Menschenrechte, Freiheit von Angst («freedom from fear») und Freiheit von Mangel («freedom from want») ins Zentrum stellt. Siehe: UNDP, 1994: Human Development Report 1994. hdr.undp.org/sites/default/files/reports/255/hdr_1994_en_complete_nostats.pdf (Abfrage: 29.9.2017). Und: United Nations, 2000: «We the Peoples». The Role of the United Nations in the 21st Century. www.un.org/en/events/pastevents/pdfs/We_The_Peoples.pdf (Abfrage: 29.9.2017).

3 Diack, Sarah / Müller, Franziska / Hohl, Agnes / Sahling, Meike / Sancar, Annemarie (Hg.), 2016: Frauen, Frieden, Sicherheit – reloaded. Zivilgesellschaftlicher Alternativbericht zum Nationalen Aktionsplan 1325 aus der Genderperspektive. Bern.

4 LGBTQ steht für Lesbische, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Queer.

5 Der Begriff «shrinking space» steht für die Tatsache, dass viele Regierungen den Handlungsspielraum für zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen in den letzten

Jahren zunehmend eingeschränkt haben, darüber hinaus steht er für die staatliche und private Gewalt, Kriminalisierung, Diffamierung und Repression, der zivilgesellschaftliche Akteur*innen zunehmend ausgesetzt sind. Siehe: Barbara Unmüssig, 2016: Zivilgesellschaft unter Druck. In: Heinrich-Böll-Stiftung, 29.3. www.boell.de/de/2016/03/29/zivilgesellschaft-unter-druck (Abfrage: 29.9.2017).

6 UBS Optimus Foundation (Hg.), 2012: Sexuelle Übergriffe an Kindern und Jugendlichen in der Schweiz. Formen, Verbreitung, Tatumstände. Optimus Studie Schweiz. www.optimusstudy.org/fileadmin/user_upload/documents/Booklet_Schweiz/Optimus_Studie_Broschuere_2012_d.pdf (Abfrage: 29.9.2017).

7 Mit struktureller Gewalt wird jene Gewalt bezeichnet, die durch die sozialen, politischen und ökonomischen Strukturen reproduziert wird, beispielsweise Unterdrückung bestimmter sozialer Gruppen; durch ungleichen Zugang zu und Kontrolle über Ressourcen wie Einkommen und Bildungschancen; Systeme wie Apartheid oder Kolonialismus.

Zu sagen, was ist, bleibt die revolutionärste Tat.

Sozialismus
monatlich Analysen | Positionen | Berichte
täglich www.Sozialismus.de

KLIO

KLIO Buchhandlung und Antiquariat
von der Crone, Heiniger Linow & Co.

Wissenschaftliche
Buchhandlung mit
umfangreichem
Sortiment und
fachspezifischen
Dienstleistungen

Buchhändlerisch und
wissenschaftlich
ausgebildetes Personal

Eigene Neuheitenkataloge

An- und Verkauf
antiquarischer Bücher

Geschichte

Philosophie

Mathematik

Germanistik

Alte Sprachen

Soziologie

Politologie

Ethnologie

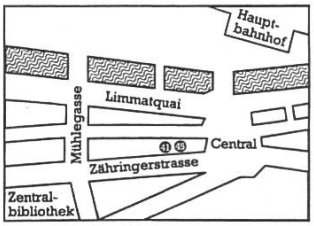
Theologie

Kommunikation

Belletristik

KLIO Buchhandlung
Zähringerstrasse 45
CH-8001 Zürich
Tel. 044 251 42 12

KLIO Antiquariat
Zähringerstrasse 41
CH-8001 Zürich
Tel. 044 251 86 10



www.klio-buch.ch